

Schülerbeförderung steigt auf 36,25 Euro

27.10.2010

Befreiungen und Reduzierungen fallen mit einer Ausnahme weg – Fahrten für Behinderte in Sonderschulen sind weiter kostenlos

Von März 2011 an müssen alle Eltern für die Beförderung ihrer Kinder zur Schule einen einheitlichen monatlichen Betrag bezahlen – 36,25 Euro. Die Befreiungen für Förderschüler oder Sprachheilschüler fallen weg, ebenso die Reduzierung für Grundschüler, wenn diese in einen anderen Ort fahren müssen.



Fast keine Ausnahmen mehr: Künftig müssen bis auf körperlich oder geistig Behinderte alle Schüler für den Transport einen Obolus leisten. Foto: E. Layher

Von Matthias Nothstein

WAIBLINGEN. Trotz der Vereinheitlichung gibt es noch eine Ausnahme: Kinder, die auf eine Sonderschule für körperlich- oder geistig Behinderte gehen, müssen weiterhin nichts für den Transport bezahlen. Ursprünglich hatte die Landkreisverwaltung auch dieses Privileg kippen wollen. Aber in der jüngsten Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses wurde der Passus kurzfristig zurückgezogen. Hintergrund ist eine Klage von Eltern eines Schülers beim Sozialgericht Ulm gegen die Erhebung eines Eigenanteils an den Fahrtkosten zu einer Behindertenschule. Das Gericht hat signalisiert, es werde dem Kläger Recht geben.

In der Vergangenheit gab es bei den Beförderungskosten der Schüler zahlreiche Ausnahmen. So brauchten zum Beispiel Grundschüler, die von einem Ort zum anderen gefahren werden mussten, nur 15 Euro monatlich zu bezahlen. Lernbehinderte Förderschüler oder Sprachheilschüler waren gar völlig freigestellt. All das ist ab 1. März 2011 Vergangenheit. Wären alle Befreiungen oder Reduzierungen weggefallen, so hätte der Landkreis pro Jahr 544000 Euro weniger Ausgaben gehabt. Da die Änderung erst im März 2011 greift, wären es immer noch 445000 Euro gewesen. Allerdings war die Verwaltung damals noch davon ausgegangen, dass die körperlich oder geistig Behinderten auch zur Kasse gebeten werden. Da das jetzt nicht der Fall ist, entsteht eine Haushaltslücke von 139000 Euro. Diese konnte geschlossen werden. Einsparungen gibt es bei Berufsschülern. Alle, die eine Ausbildungsvergütung bekommen, erhalten keinen Zuschuss mehr. 37000 Euro kommen so zusammen. Auch gibt es höhere Kostenanteile bei Fahrschülern in Schülerfahrzeugen aufgrund der VVS-Tariferhöhung. Mehreinnahmen: 12000 Euro. Und noch eine Änderung hilft Geld sparen: Künftig werden nur noch Fahrzeuge eingesetzt, wenn vier Schüler transportiert werden müssen. Bislang galt die Zahl von drei Schülern. Einsparung: 90000 Euro.

Raimund Ulrich (SPD) tat sich schwer mit der Zustimmung. Er gab vor allem zu bedenken, dass sich die SPD-Kreistagsfraktion erst am Samstag trifft, um über das Thema zu sprechen. Er kündigte an, sich deshalb bei einer Beschlussempfehlung an den Kreistag enthalten zu wollen. Zudem warb er für eine Stufenlösung. Demnach sollten die reduzierten Beträge für die Schülerbeförderung im nächsten Jahr erst auf 18 beziehungsweise 25 Euro angehoben werden. Und erst ab 2012 sollten alle Schüler den vollen Kostenanteil zahlen müssen. Das lehnte Landrat Johannes Fuchs rundweg ab. Immerhin betragen die Mehreinnahmen für den Transport der Grundschüler 230000 Euro. Ein Verzicht auf diese Summe „würde einen Großteil unserer Bemühungen um Gleichheit neutralisieren“. Weinstadts Oberbürgermeister Jürgen Oswald (CDU) unterstützte Fuchs. Die Zuschusskürzungen würden „wehtun“, aber es sei jetzt an der Zeit, ehrlich hinzustehen und zu sagen: „Das muss jetzt sein.“ Und Fraktionskollege Christoph Jäger legte nach: „Vielleicht tun sich die Kollegen einfacher wenn auch ich, der damals für die Grundschülerermäßigung gestimmt hat, jetzt sage, wir können nicht mehr anders.“ Gudrun Wilhelm (FDP/FW) plädierte ebenso für den Verwaltungsvorschlag wie auch Dr. Astrid Fleischer. Die Grüne sagte: „Es tut weh, aber aufgrund der Haushaltslage stimmen wir zu.“

Fuchs ließ über zwei Punkte abstimmen. Für die Stufenlösung konnte sich nur Raimund Ulrich erwärmen, vier Räte enthielten sich, die übrige Mehrheit lehnte die Variante ab. Danach stand die Beschlussempfehlung an den Kreistag an sich zur Abstimmung. Sie wurde einstimmig verabschiedet, wobei sich die fünf SPD-Räte wie angekündigt enthielten.

Dieser Artikel kommt von BKZ Online.

Die URL zu diesem Artikel lautet: <http://www.bkz-online.de/node/216410>

© Backnanger Kreiszeitung 2009, alle Rechte vorbehalten
